

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Erscheinungsblatt: Nachrichten Dresden.  
Bemerkenswerter Gemeinschaftsnummer: 25 241  
Preis für Werbeabdrucke: 20.01.

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE  
MARKE DREIRING  
Firma gegr. 1838.

Gedruckt und hergestellt in der  
Marienstraße 38-42  
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl-Nr. 1058 Dresden.

Bezugsgebühr vom 15. bis 31.1.26 der jährlich umwandelten Ausgabe 1.50 Mark. | Unzeichenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die Spalte 10 mm breit, Zeile 10 mm aus 35 cm Breite umfassen. Säulenpreise, ohne Nachdruck aus mit deutlicher Quellenangabe, Dr. oder Nachr. zu zählen. Unterlanges Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Automobil-Reparaturwerkstatt und -Vertrieb**  
**Wiener Platz 5 - Fernruf 17197** **Dr. Hans Gerhardt** früher Mörbitz & Müller Tag- und Nachtgaragen

## Eine Bundesreservebank für Europa?

Angebliche Pläne der amerikanisch-englischen Finanz. — Finanzierung der europäischen Wirtschaft. Ein Kompromiss zur Auseinandersetzung mit den Fürsten. — Deutscher Schrift zum Beleidigungs-Shandal. — Luthers Schwierigkeiten.

### Normans Verhandlungen in Amerika.

(Durch Rundschau)

Berlin, 16. Jan. Der Vertreter der "Morning Post" in New York schreibt: Von den zahlreichen Gerüchten, zu denen die Amerikareise des Gouverneurs der Bank von England, Montague Norman, Anfang gab, erscheint das folgende als das glaubwürdigste: Nur Absicht auf die Tatsache, daß Amerika und Großbritannien die einzigen Nationen seien, die Darlehen gewähren könnten, wie man bestandte, die vereinigten Bankhaussquellen der beiden Länder beansprucht, um eine Bundesreservebank für Europa zu errichten, die den Nationen in wirtschaftlicher Beziehung auf die Beine helfen und dadurch eine Steigerung der Nachfrage nach Handelswaren hervorruhen soll. Die nächsten Bewilligungen dieser europäischen Bundesreservebank würden sich wahrscheinlich auf Deutschland erstrecken, das im letzten Oktober zum ersten Male seit dem Kriege eine glänzende Handelsbilanz aufweisen konnte. Es werde angeblich eine Revision des Dawes-Plans ins Auge gefaßt, wonach der Betrag der deutschen Zahlungen nach Abgaberei der deutschen Handelsbilanz leicht erhöht werden würde.

Wiewohl diese Angaben wirklich die Pläne der englisch-amerikanischen Finanz wiedergeben, muß dahingestellt bleiben; denn es handelt sich vorläufig nur um Gerüchte. Daß sich aber die nun schon monatlang andauernden Verhandlungen führende Finanzleute aus England und Amerika in Washington unter wechselseitiger Beteiligung mit weitauseitenden finanziellen Plänen beschäftigen, liegt auf der Hand, ebenso daß Deutschland in hervorragendem Maße daran interessiert ist. Auch Parker Gilbert dürfte in erster Linie aus diesem Grunde in Washington gewesen sein. Die Stabilisierung der Hegemonie des amerikanisch-englischen Kapitals und das Verstreben, die Absatzmärkte in Europa aufnahmefähig zu erhalten, stehen dabei im Vordergrunde. Polk-Summons unwahrscheinlich klingen, jedoch vorerst noch die Ausführungen der "Morning Post" über die Revision des Dawes-Plans, zumal die nachstehende Meldung über

unverschämte und herausfordernde Erklärungen des amerikanischen Mitgliedes des Generalrates der Reichsbank in brutalster Form das Gegenteil befunden.

### Mac Garrahs freundlicher Rat.

Berlin, 16. Jan. Nach ergänzenden Meldungen aus New York über die Rede des amerikanischen Bankiers Mac Garrah hat er u. a. noch ausgeführt: Wenn die Deutschen willens sind, täglich 10 bis 14 Stunden zu arbeiten, ohne sich vor irgendeiner Arbeit zu scheuen, wenn die deutsche Armee als Verbündeter Arbeitssachen ziehen hilft, wenn der deutsche Knabe nach der Auleitung seines Vaters den Garten bearbeitet, dann können der Erfolg und die Freude nicht ausbleiben.

### Erpressung bis es nicht weiter geht.

Berlin, 16. Jan. Der "Röntgenzeiger" meldet aus New York, daß von Wallstreetpersönlichkeiten erklärt werde, der Dawes-Plan werde so lange durchgeführt werden, bis es nicht weitergehe. Dann erst würde man zu Änderungen schreiten müssen. Heute bereits Änderungen vorzunehmen, sei noch nicht notwendig, da in Deutschland ja alles in Ordnung (!) zu sein scheine. Deutschland selbst setze sich ja aufzurichten, denn sonst würden mehr deutsche Stimmen gegen die Festsetzungen des Dawes-Plans laut werden.

### Ein amerikanisches Europa-Kreditinstitut.

Renncol, 16. Jan. Die Bankfirma Dillon Read & Co. hat mit einem Kapital von 15 Millionen Dollar eine Gesellschaft ins Leben gerufen, die sich mit der Gewährung von Krediten an Interessenten in Deutschland und anderwärts in Europa beschäftigen soll. Bei der Neugründung sind die Direktion der Diskontogesellschaftsbank Berlin und Mendelsohn & Co., Amsterdam, mit Dillon Read & Co. assoziiert. Das neue Finanzinstitut soll die Aufgabe haben, Kredit an solche industrielle Gesellschaften zu vergeben, die einen kleinen Kapitalbedarf haben und nicht in der Lage sind, große Darlehen öffentlich aufzunehmen. (T.U.)

## Dr. Luthers ergebnislose Verhandlungen.

### Endgültige Vorschläge Luthers an die Pariseren.

Berlin, 16. Jan. Reichskanzler Dr. Luther nahm heute um 10 Uhr im Reichstag die Verhandlungen mit den Führern der Mittelparteien wieder auf. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten blieben trotz der Beratung des Reichstages in Berlin versammelt. Sie traten heute um 11 Uhr bzw. 12 Uhr erneut zusammen. Um 12 Uhr versammelten sich gleichfalls die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfaktion.

Die Verhandlungen mit den Parteiführern, die um 10 Uhr vormittags begonnen hatten, wurden gegen 1 Uhr abgebrochen und auf 5 Uhr nachmittags verlegt. Neben den bisherigen Vertretern der Parteien nahmen heute auch die Abgeordneten Dr. Rapp von der Deutschen Volkspartei, Marx vom Zentrum, Ertel und Dr. Haas von den Demokraten sowie der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teil. Eine Einigung der Parteien über die Befreiung des Reichsinnenministeriums konnte auch in der heutigen Aussprache nicht erzielt werden. Dr. Luther wird nun in der Nachmittagsverhandlung endgültige Vorschläge machen, über die dann die Parteien zu entscheiden haben.

### Die Schmach der 75000 Mann Besatzung.

Ein Schritt der deutschen Besatzung.

Berlin, 16. Jan. Die deutschen Besatzung haben von der Reichsregierung den Auftrag erhalten, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, um Auflösung über die Nachrichten zu bitten, die die geplanten Truppenverlegungen im belasteten Gebiete betreffen. Die Besatzung sollen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die gesetzte Belastung der zweiten und dritten rheinischen Zone mit den auf der ersten Zone entfernten Truppen als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und die verankerten Rückwirkungen des Vertrages von Locarno anzusehen ist.

Berlin, 16. Jan. Wie die "Deutsche Tageszeitung" meldet, war im Auswärtigen Amtshaus von den Deutschen Nationalen ein Auftrag zur Entschließung übernahmen ein-

gebracht worden: Der Antrag auf Eintritt in den Völkerbund möge nicht gestellt werden, bevor nicht ein beständiges Ergebnis in der Herabsetzung der Besatzungsstärke erzielt ist und ferner, bevor die Absenkung der Besatzungsstärke für die zweite und die dritte Zone und die Abstimmungsrücktritt für das Saargebiet sichergestellt ist. — Dieser Antrag wurde vom Auschluß abgelehnt.

### Unterbrechung der Pariser Luftfahrtverhandlungen.

Paris, 16. Jan. In den deutsch-französischen Luftfahrtverhandlungen ist vorläufig eine Unterbrechung eingetreten. Beide Parteien sind zurzeit mit der Überprüfung der bereits gewonnenen Ergebnisse beschäftigt. Sitzungen wurden in den letzten Tagen nicht abgehalten, doch einige Beratungen einzelner Delegierter zur Beantwortung verschiedener Rückfragen vor sich. Wahrscheinlich wird eine neue Sitzung am kommenden Dienstag oder Mittwoch stattfinden. Es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen eindeutig Delegierte nach Berlin fahren, um über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen Bericht zu erstatten. (T.U.)

### Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 16. Jan. In der gestrigen Sitzung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wurde, wie von französischer Seite berichtet wird, vor allem über die Frage der Gemüse einfuhr nach Deutschland beraten. Die Verhandlungen erstreckten sich in der Hauptsache auf den sogenannten kleinen Tarif. Über den großen Tarif wird verhandelt. Sobald Deutschland die von Frankreich eingereichte Liste beantwortet hat. (T.U.)

### Holzmann in Brüssel?

Berlin, 16. Januar. Die Berliner Kriminalpolizei, die mit den Ermittlungen nach dem geflüchteten Michael Holzmann beauftragt ist, ist der Ansicht, daß Holzmann über die belgische Grenze entkommen ist und sich in Brüssel aufhält, wo er Freunde und Geschäftsverbindungen hatte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Holzmann versuchen wird, nach London zu entkommen.

### Ein klassender Riß im Locarno-Werk.

Eine mit den stärksten Rechts- und Billigkeitsgründen gepanzerte deutsche Forderung, die gleichmäßig im Seite Locarno wie in den dort gemachten Zusagen wurzelt, ist die Herabminderung der Belebungskräfte für die zweite und dritte rheinische Zone auf die ehemalige deutsche Truppenzahl, die 30.000 Mann nicht erreicht. Die glatte und vorbehaltlose Erfüllung dieses zweifelsfreien deutschen Anspruchs könnte von vornherein als Prüfstein für die Voraussetzung der Locarno-Besinnung Englands und Frankreichs bewertet werden. Wenn das richtig ist, so ergeben sich aus dem bisherigen Verhalten des Verbandes in dieser grundlegenden Frage Rückslüsse, die von übler Bedeutung für die weitere Abwicklung der gesamten, mit dem Locarno-Werk zusammenhängenden Angelegenheiten sind. Es lag ja schon längst eine unverkennbare Beklemmung in der Luft. Von der einen bedeutsamen Voraussetzung unserer Zustimmung zu den Locarno-Vereinbarungen, die darin gipfelt, daß eine logische Auswirkung des neuen Geistes in einer Abschwächung der Nämungsfeisten für die zweite und dritte besetzte Zone bestehen müßte, hat man überhaupt nichts mehr gehört. Vor Locarno wurde gerade dieser Punkt auch offiziell von unserer Seite besonders nachdrücklich betont. Jetzt herrscht davon Schweigen auf der ganzen Linie, und auch von einer Befriedigung der Volksabstimmung im Saargebiet ist keine Rede mehr. Um so fester klammerte sich die nationale Hoffnung an die vollberechtigte Erwartung, daß wenigstens in der Frage der militärischen Belebungskräfte der ernsthafte Wille der Verbündete zur restlosen Einlösung ihrer teilerlich gegebenen Zusagen in Erscheinung treten würde. Auch das war, wie wir jetzt erkennen müssen, eine Täuschung. Nicht einmal der 31. Januar als äußerster Termin für die längst fällige und mit schwerem Unrecht bereits über Jahresfrist hinausgezogene Nämung der Kölner Zone ist innegehalten worden; die immer bereitstehenden "technischen Schwierigkeiten" werden ins Feld geführt, um eine neue Verzögerung herauszuzaubern, die bis zum 20. Februar dauern soll. Dazu haben schon die bisherigen Truppenabschübe aus der ersten Zone in das weitere belagte Gebiet für die betroffene Bevölkerung derartige Wohnungsdrangstiale im Gefolge gehabt, daß wohl kaum erträglicher Rostkreis der gequälten Einwohner zu uns Gedrängen sind und unser nationales Mitgefühl auf das Fleisch erregt haben. Das war aber noch nicht das Allerste. Wie sich sehr herausgestellt hat, soll die Nämung der Kölner Zone in ihrem eigentlichen Sinne eines Beginnes der vollen Befreiung des Rheinlandes dadurch illusorisch gemacht werden, daß die von dort fortgenommenen Truppen nicht bloß vorzeitig in das übrige belagte Gebiet verlegt werden, sondern daß dies mit einer dauernden Besatzungsverstärkung, und zwar in der horrenden Höhe von 25.000 Mann, belastet wird, so daß dann die Gesamtstärke sich auf 75.000 Mann belausen würde.

Dieser Beschluß des zuständigen Ausschusses der Botschafterkonferenz ist eine Ungemeinlichkeit, die den schlimmsten Verdächtigungen auch wegen der übrigen Locarno-Rückwirkungen Tüt und Tor öffnet. Bei den Friedensverhandlungen gab Voucheur die Versicherung ab, daß in dem befreiten Gebiete die ehemalige deutsche Garnisonsstärke nur wenig

### Heute

ist ein wichtiger Tag für unsere Post-Abonnenten

**Bestellen Sie sofort**

die „Dresdner Nachrichten“ für

**Monat Februar 1926**

bei dem zuständigen Postamt oder dem Briefträger,

damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintritt.

Für Bestellungen, die nach dem 26. Januar aufgegeben werden, erhält die Post eine Sondergebühr.

Verlag der Dresdner Nachrichten.